

# Kombibad: Ausschusschef fordert klare Kante

Nach Ansicht von Stefan Schmitz (SPD) kann die Wahl bei dem Projekt nur auf eine Bauvariante fallen, da diese „nutzergerecht“ sei. Insofern sei jetzt auch schon eine Entscheidung möglich, sagt er – und übt Kritik an der CDU

**Voerde.** Der Vorsitzende des Kultur- und Sportausschusses schaltet sich in die von der CDU angestoßene Debatte um die Vergabe einer Planung für das auf dem Freibadgelände an der Allee vorgesehene Kombibad ein und appelliert: „Lasst uns endlich Fakten schaffen!“ Stefan Schmitz (SPD) stellt zur Kritik des CDU-Fraktionsvorsitzenden Ingo Hülser daran, dass es im Fachausschuss schon zu einer Abstimmung über die in Kosten noch nicht annähernd bezifferte „bedarfsoptimierte Variante“ kam und diese nicht mindestens bis in die Stadtratssitzung am 10. Dezember verschoben wurde, fest, vorher mehrfach gefragt zu haben, ob die CDU mit einem solchen Vorgehen einverstanden wäre. Auch Ulrike Schwarz (SPD) hatte für ihre Fraktion Bereitschaft signalisiert, so zu verfahren.

## CDU will nicht als Verhinderer dastehen

Die Christdemokraten insistierten, erst im Frühjahr 2020, nachdem zu der als Favorit wahrgenommenen baulichen Ausführung des neuen Schwimmbades Zahlen vorliegen, entscheiden zu wollen. Die CDU enthielt sich im Sportausschuss der Stimme, votierte im zweiten Schritt jedoch für die Einleitung des Vergabeverfahrens zur Planung des Bades mit dem Argument, nicht als Verhinderer dastehen zu wollen (die NRZ berichtete).



Das Kombibad soll auf dem Gelände des Freibades an der Allee entstehen.

FOTO: HANS BLOSSEY / FFS

## „Lasst uns endlich Fakten schaffen!“

**Stefan Schmitz** (SPD), Vorsitzender des Kultur- und Sportausschusses in Voerde, schickt in puncto Planung des Kombibades einen Appell an die politischen Mitbewerber.

Schmitz stößt sich an Hülser's Satz „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, er erinnert an das vom CDU-Vorsitzenden Frank Steenmanns angemahnte Tempo in der Bäderfrage. Die SPD beschäftige sich seit knapp einviertel Jahren „sehr intensiv mit dem Thema, sie habe sich in öffentlichen Mitgliederversammlungen (2018 und 2019) und in vielen weiteren Gesprächen mit Vereinen,

Bürgern, Schulen etc. ein genaues Bild von den Bedürfnissen der jeweiligen Nutzergruppen gemacht. Weder von „mangelnder Gründlichkeit“ noch von „fehlender Schnelligkeit“ dürfe hier die Rede sein.

Dass die noch fehlende Nennung der Kosten für die „bedarfsoptimierte Variante“ – ein Mittelweg zwischen der großen, mit 18,6 Mio. Euro (netto) grob kalkulierten Lösung und der kleinen, „puristisch“ genannten und mit 11,1 Mio. Euro (netto) bezifferten Alternative – als Grund angegeben werde, der Variante nicht zuzustimmen, kann SPD-Ratsherr Schmitz nicht nachvollziehen. Die „große Variante“ sei unter anderem das Ergebnis aller Politiker

aus den jeweiligen Workshops, die zu dem Thema Kombibad getagt hatten. Diese sei auch durch Workshop-Mitglieder der CDU-Fraktion erschaffen worden. Wäre der damalige Vorschlag durch den Förderverein Voerder Bäder, der unter anderem in der kleinen „puristischen Variante“ abgebildeten Teilerhalt des Schwimmbeckens auf dem Freibadgelände beinhaltet, nicht gekommen, „würden wir uns jetzt lediglich politisch mit der ‚großen Variante‘ beschäftigen“, betont Schmitz. Die aber sei, sowohl was die Errichtung als auch die jährliche finanzielle und personalintensive Unterhaltung angehe, am Ende viel zu teuer.

Die vom Sportausschuss empfoh-

lene Variante – das letzte Wort hat der Rat – ist für Schmitz die „bedarfsgerechte“ Lösung der jeweiligen Nutzergruppen „ohne teure Sonderausstattungen“. Über eine Textilsauna lasse sich streiten, „über alles andere jedoch nicht“. Für Schmitz gibt es nur zwei Wege: Entweder man akzeptiere den Preis des „nutzergerechten Bades“ oder man streiche Ausstattungen. Dies sei dann aber am Ende nicht mehr nutzergerecht. Anders als die CDU mache die SPD das Kombibad zu keinem Spielball, sondern zeige „klare Kante“, wie das neue Bad auszusehen habe.

Am Ende könne die jetzt favorisierte Variante nur günstiger werden als die politisch erstellte große Lö-

sung. Und, betont Schmitz: Dieser Weg stelle alle Nutzer zufrieden. Das Schulschwimmen und der normale Badbetrieb würden sichergestellt, große Teile der parkähnlichen Freibad-Anlage mit einem Außenbecken würden erhalten, Wettkämpfe könnten ausgetragen und Prüfungen wie Schwimmabzeichen abgenommen werden. Familien und kleine Kinder könnten dort schwimmen und planschen. An die ältere Generation sei ebenso gedacht wie an gehandicapte Menschen. Schmitz ruft dazu auf, „diesbezüglich jetzt geschlossen ein klares Signal an die Bevölkerung“ zu geben. Diese erwarte „Lösungen von den politischen Vertretern und keine Schuldzuweisungen“. P.K.